

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Multipliziertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,85 M., in den Landorten 1,90 M., durch die Post 1,95 M. — In alle Bezirke Gewinnt Betriebsform Streik um erhöht jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamazeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbegehr unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühr! / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 131

Dienstag, den 7. November 1933

35. Jahrg.

Sonntag, den 12. November 1933, von 9 bis 12 Uhr finden im Bürgeraal

- a) die Volksabstimmung über den Austritt der Reichsregierung vom 14. 10. 33
- b) die Reichstagswahl

Dem Wahlvorstande gehören an: Beigeordneter Schäfer als Vorsitzender, Senatoren Wegig und Felner als Stellvertreter, Zimmermeister Werner II, Kaufmann Mölbig, Justizangestellter Rieger und Kaufmann W. Weber als Schriftführer, Beisitzer: Buchdruckmeister Richard Arnold jun., Arbeiter Albert Weder, Arbeiter Wikard Heinrich, Kaufmann Hans Sornack, Baunternehmer Gotthold Jensch, Professor Johannes Keimling, Fabrikant Gustav Knat, Landwirt Karl Küper, Uhrmacher Otto Leibnis, Arbeiter Paul Mierzgalla, Baunternehmer Paul Raetz und Schlossmeister Heinrich Schneider.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Jeder Wähler bekommt im Wahlraum einen Wahlumschlag, einen Stimmzettel (grün) für die Volksabstimmung und einen Stimmzettel (weiß) für die Reichstagswahl. Der Wähler kennzeichnet den Stimmzettel durch Ankreuzen innerhalb des Kreises. Beide Stimmzettel sind in einem Umschlag zu legen.

Wahlweise werden nicht erteilt. Die Stimmberechtigten wollen die Wahlliste im Magistratsbüro sofort einsehen und etwaige Unstimmigkeiten berichtigen lassen.

Wer am 12. November ortsabwesend ist, kann sich bis zum 11. (mittags) einen Stimmschein ausstellen lassen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Kemberg, den 6. November 1933.

Der Wahlvorsteher

Schäfer, Beigeordneter

Flaggen heraus am 12. November

Berlin, 6. November.

Um der Bedeutung des Abstimmungstages und der Verbundenheit von Volk und Führung nach außen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, flaggen am 12. November die sämtlichen Gebäude im ganzen Reich. Die Reichsregierung fordert das deutsche Volk auf, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen.

Höhepunkt des Wahlkampfes

Kanzlerrede am Freitag. — Betriebs- und Verkehrsruhe

Am kommenden Freitag, den 10. November, wird der Wahlkampf um Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden seinen Höhepunkt durch einen unmittelbaren Appell des Kanzlers an die gesamte deutsche Arbeiterschaft erreichen. Adolf Hitler wird um 1 Uhr dieses Tages in einem großen Berliner Saal sprechen. Um zu ermöglichen, daß die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands die Rede Adolf Hitlers in dem Berliner Saal mitanhört, wird von 1 bis 2 Uhr die Arbeit in allen Betrieben des Reiches, mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe, ruhen.

Der Rundfunk überträgt die ganze Veranstaltung, und zwar übernimmt er um 1 Uhr das Sirenenzeichen des Berliner Wertes, das den Beginn der Rundgebung anzeigt. Alle Sirenen der Fabriken, der Schiffe, alle Alarminstrumente in Deutschland werden auf dieses Zeichen hin ebenfalls ertönen.

Die Belegschaften der Werke haben sich um 1 Uhr zusammen mit ihren Arbeitgebern in den Betrieben vor den Kaufpreisen versammelt, um hier die große Rundgebung mitanzuhören. Sie wird eingeleitet durch eine Ansprache des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, der einen Bericht von der beschaffenden Arbeit gibt. Dann folgt die Rede Adolf Hitlers in dem Berliner Saal. Nach der Rede wird das Hart-Wessellied den würdigen Abschluß geben, während die Sirenen in ganz Deutschland zum Zeichen der Wiederaufnahme der Arbeit wieder ertönen.

Mit Beginn der Rundgebung um 1 Uhr soll zugleich der gesamte Strafverwehler in Deutschland aller Jahrgänge und Jahrgänge für eine Minute stillgelegt werden, zum Zeichen dafür, daß das Volk geschlossen hinter der Politik seines Kanzlers steht. Auch hierzu gibt das Gehört der Sirenen das Signal.

Um jedem einzelnen Deutschen die Teilnahme an der Kanzlerrede möglich zu machen, soll kein Rundfunkgerät in dieser Stunde von 1 bis 2 Uhr ruhen. In den Schulen wird die Jugend in die Aula geführt werden und hier die Rundfunksendungen mitanhören. Die Rundfunkgeräte der Privatleute sollen so aufgestellt werden, daß möglichst viele Menschen mitanhören können. In den Wägen soll sich das gesamte Personal am den Rundfunkapparat zusammenschließen, und in den Gasthäusern wird ebenfalls die Rundfunksendung übermittelbar werden. Ganz Deutschland soll teilneh-

men können an dieser einzigartigen Veranstaltung, an dieser Rede des Kanzlers unmittelbar zur Arbeiterschaft.

Während die Arbeiterschaft in der Hauptsache die Seiten des 1. Mai getragen hat, so soll es diesmal die Arbeiterschaft sein, zu der der Kanzler kommt, um zu ihr zu sprechen. Das kann durch Nachholen der Arbeit geschehen.



DER MARSCHALL UND DER GEFREITE

KÄMPFEN MIT UNS FÜR FRIEDEN UND GLEICHBERECHTIGUNG

Schlesiens Treuebekenntnis

Der Führer in der Breslauer Jahrhunderthalle

Die schlesische Provinzialhauptstadt stand am Sonntagabend im Zeichen der großen Silberfahnenfeier in der Jahrhunderthalle. Die ganze Stadt erglänzte mit ihrem Flaggenstern und den Führer, Transparente und Sprachbänder zogen sich von Haus zu Haus. Immer wieder klang die Versicherung, daß Schlesien treu zu Führer und Reich steht, und am 12. November ein erneutes machtvolles Bekenntnis zum deutschen Volk, zum Deutschen Reich und damit zur deutschen Einheit ablegen wird.

Vom frühen Morgen an ergossen sich Menschenströme aus den beiden Bahnhöfen in die Stadt. Es herrschte ein Leben und Treiben frohlicher Erwartung. Schon um zehn Uhr vormittags sammelten sich die ersten vor der Jahrhunderthalle an, obwohl die Halle erst um 14 Uhr geöffnet wurde und der Versammlungsbeginn um 20 Uhr festgesetzt worden war. In der Dämmerung stieg die Begeisterung mehr und mehr. Die Anmarschstraße zur Jahrhunderthalle glühte einer Völkerveränderung. Schon um 18 Uhr war die Jahrhunderthalle zum größten Teil besetzt. Der Messehof des Führers, die anderen konnten in den beiden weiten Hallen keinen Platz mehr erhalten. Wie ein Orkan plangten sich die Heilrufe von der Straße bis in den hohen Saalraum fort, als der Führer in der Jahrhunderthalle kurz nach 20 Uhr eintraf.

Die Rede des Führers

Mit wenigen Worten, die in dem Jubel der Massen völlig verloren gingen, begrüßte der Oberpräsident und Gauleiter Brücker den Reichstanzler und übergab ihm sofort das Wort. Erneut legte braudender Beifall ein. Es konnte dann der Führer zu sprechen beginnen. „Dann aber lauschte die Menge gespannt jedem Wort. Hinter dem Jubel der Massen lief der Führer bis Schließler auf zum Treuebekenntnis am 12. November. In seiner Rede brandmarkte er einleitend den Geist des Verfallers, dessen juristische Folgen das deutsche Volk vierzehn Jahre lang erlebt habe, von dessen Wirkungen aber auch die Sieger nicht verschont geblieben seien. Deutschland habe den Vertrag erfüllt und seine Waffen zerstückt, aber die anderen täuschen nicht daran, zu folgen. Im Gegenteil: sie rüsten weiter auf.“

Unter tosender Zustimmung rief der Führer aus: Die Verträge dürfen nicht nur für einen Vertragspartner heilig, sondern müssen für alle beide sein! Man findet tausend Gründe, um der Abrüstung zu entgegen, und nur eine Einzige sei unter ihnen festzustellen, nämlich die Einzige, die Schuld an der Uneinigkeit Deutschlands zuzuschreiben (Stürmischer Beifall).

Der Führer widerlegte in zwinzender Weise die Be-

hauptung, die Welt habe deshalb nicht aufrichten können, weil die nationalsozialistische Bewegung regiere. Sie regiere ja gerade deshalb, weil die anderen sich ihren Verpflichtungen bisher entzogen hätten und was hat die nationalsozialistische Regierung denn in den neun Monaten ihrer Herrschaft der Welt angetan? „Haben wir auch fremde Völker und Staatsmänner beschimpft, uns in ihre Einrichtungen eingemischt, haben wir etwa auch fremde Völker bedrängt und die Justizorgane des Braunschweiger aufgefüllt, um das Rechtsleben eines anderen Staates herabzulegen?“ In diesen neun Monaten haben wir gearbeitet und uns bemüht, ein Programm zu verwirklichen, das so groß und gewaltig ist, daß es unsere ganze Kraft im Innern in Anspruch nehme, und das zu erfüllen notwendig sei, wenn nicht Deutschland und letzten Endes ganz Europa an den Folgen dieses sogenannten Friedensvertrages zugrunde gehen sollten. Der Führer entwarf die eingehenden Ausführungen die Grundzüge der nationalsozialistischen Bewegung, die Gesetze ihres inneren Aufbaues und den Prozeß der Ummelung eines Volkes das nur mit so großem Volk begonnen habe.

Deshalb konnte der 30. Januar für uns nicht der Tag der Erfüllung sein, sondern der Beginn der friedlichen Arbeit zur Durchführung unseres Programms und unserer Verpflichtungen (Stürmischer Beifall).

Mit Stolz können wir sagen, daß das, was in diesen wenigen Monaten geleistet worden ist, ausreichend, unieren Volk zu einer Einheit zusammengeführt und von den Parteien freigelegt. Nicht nur die Massenpartei der Linken haben wir geschlagen, auch die der Rechten haben wir beseitigt. (Lobender, förmlicher Beifall.)

Immer von dem einen großen Entschluß befeelt, die Hände unseres ganzen Volkes zu ergreifen, und sie ineinanderzufügen zu einer großen Gemeinschaft, die Fülle aufzusuchen, um sie zu einem brüderlichen Bund zusammenzuschließen, zu einem Bund, der nur ein Ziel kennt, einzutreten für dieses Volk, das wir lieben und für das wir alles hinzugeben bereit sind (Beifallsstürme).

Haben wir uns etwa mit dieser unserer Arbeit verständig am Geiste wirklicher Völkergemeinschaft und Völker verständigung? Wir sind jederzeit bereit, von anderen Völkern zu lernen, es wird vielleicht aber auch für andere Staatsmänner Großes in Deutschland zu lernen geben (Brauroufe). Wenn ich heute lese, daß es dem amerikanischen Präsidenten gelingt, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Art der Farmer zu befestigen, habe ich das als innerlich angesehen, das Deutschland angeht? Ich bin glücklich zu wissen, daß an anderen Plätzen der Welt gearbeitet wird und werde — das kann ich ruhig sagen — wenn ich bemerke, daß es für Deutschland nutzbringend verwertet werden kann, es sofort auch für unser Volk verwenden.

Es ist traurig, daß eine ganz kleine internationale Clique von wenigen hunderttausend Menschen es fertigbringt, Hundertmillionenvölker gegeneinander zu hetzen (Hui-Rufe).

In lautsätzlicher Weise befahte sich der Führer lobend mit der Emigration und erklärte dabei: „Wir werden uns nie unterlassen, etwa das bulgarische Volk nach dem Herren Dimitroff, Koppoff oder Taneff zu beurteilen. Wir kennen das bulgarische Volk viel besser: ein anfängliches und braves und ehrliches Volk!“ Der Führer gelebte lobend die schreienden Widersprüche in den Beschuldigungen unserer Gegner, sowie die Widersinnigkeit der Forderungen auf, die sie uns heute in bezug auf unser Armeesystem stellen.

Das deutsche Volk kämpft für den Frieden

Indem ich das heute ausspreche, sprach ich nicht als ein Mann für mich, sondern als Sprecher dieses 65-Millionen-Volkes (Anhaltender, förmlicher Beifall). Das deutsche Volk will Ruhe für seine Arbeit, will die Verfassung und Verheißung mit seinen früheren Gegnern. Wie wollen auch den anderen Völkern nicht dreudeuten in ihre Arbeit. Sie können unternehmen auch ihre Verfassung gegenfallen, wie sie wollen. Aber wir müssen ihnen aber auch Hände rufen von unserer Verfassung, die geht auch nichts an! (Lobender Beifall).

Und wenn man uns immer wieder mit neuen Verdächtigungen kommt, dann will ich eben das letzte tun: Ich will das ganze deutsche Volk zum Zeugen aufrufen, daß das, was ich vor der Welt als kein Sprecher erklärte, daß das auch der Wunsch und der Wille des ganzen deutschen Volkes ist. (Anhaltender, förmlicher Beifall).

Dieses unser Programm möchte ich dem ganzen deutschen Volk vorlegen und möchte wünschen, daß es an diesem 12. November seine Schlußfolgerung zieht und vor der ganzen Welt feierlich bekundet: wir stehen zu dem Programm, einer für alle und alle für einen. (Anhaltender, lobender Beifall).

Wenn ich heute vor Sie hintrete, dann trete ich nicht hin für mich, für eine Partei, sondern in einer schicksalreichen Stunde und beschwöre Sie, erkennen Sie jetzt den geschichtlichen Augenblick, vergeßen Sie nicht, daß diese kommende Woche entscheidend ist für die fernere deutsche Zukunft.

Ich appelliere an Sie, meine Schlichter, erinnern Sie sich der großen Verantwortung, erinnern Sie sich der unlagbaren Pflicht und erkennen Sie nicht, daß ein geschichtliches Vergehen ein Volk um vieles, ja wenn nicht alles bringen kann, was die Vergangenheit geleistet und geopfert hat. Sorgen Sie dafür, daß dieser Tag einmal eingetragen wird in die Geschichte unseres Volkes als ein Tag der Rettung; daß es dann heißen wird: In einem ersten November hat das deutsche Volk eine neue Ehre verloren, 15 Jahre später kam ein zweiter November, und die Ehre hat sich das Volk selbst wiedergegeben."

Die Massen in der Jahrhunderthalle erhoben sich und besetzten den Führer eine ergreifende überwältigende Kundgebung. Durch einen Wald erhobener Arme schritt dann der Führer, nachdem er eine Reihe härterer SA-Führer und alter Kämpfer noch persönlich begrüßt hatte, hinaus zum Messtisch, wo Brigadeführer Heerde die Meldung erstattete, daß 6000 SA-Männer angetreten seien. Nachdem auch hier der minutenlange Beifall verhallt war, wandte sich

Der Führer an die SA

Wenn jemand mich in Deutschland in diesen Wochen verfluchen kann, so werdet Ihr es sein, die mit mir über zehn Jahre langem Kampf um den Weg gegangen sind, den ich heute wiederum beschreibe. Von Ihnen erwarte ich, daß Sie für den 12. November diejenigen befehlen, die heute noch nicht den Weg zum einzigen Vaterland gefunden haben.

Die Welt muß sehen, daß nicht der Reichstagsler, sondern das deutsche Volk die Gleichberechtigung, die Ehre und den wahren Frieden fordert.

Diesen Worten folgte spontaner Beifall. Durch eine lebendige Fackelzug folgte die Fahrt von der Jahrhunderthalle bis weit hinein in die Stadt. Umgeheuer war der Jubel, als der Führer durch das Fackelpalast fuhr, hier und da durchbrochen das Volk die Sperre, um den Führer leben zu können.

Hiltler tag in Elbing

Der deutsche Osten jubelt dem Führer zu.

Reichsleiter Adolf Hitler ist Sonntagmittag, von Breslau kommend, auf dem Elbinger Flughafen eingetroffen. Er begab sich im Kraftwagen in die Kommandohalle, umbrannt von dem Jubel von Hunderttausenden, die aus ganz Ostpreußen und aus dem benachbarten Danziger Gebiet zusammengeströmt waren. Es gibt nichts Großartigeres, als dieses Begegnen des Diktator zu Hitlers Barde der Ehre und des Friedens. Schon vom frühen Morgen an trüben aus der ganzen Provinz die Massen zusammen. Sonderzüge aller Sonderzüge, endlose Ketten von Kraftfahrzeugen auf allen Landstraßen und in den Straßen der mit einem Meer von Fahnen geschmückten Stadt Elbing. Der Hiltler tag in Elbing wurde zum Symbol dafür, daß keine Macht der Erde die geistige Gemeinschaft der deutschen Herzen, die sich durch den Nationalsozialismus zu Frieden und Ehre bekehren, mehr beugen oder auseinanderreißen kann.

An der gewaltigen mit Tausenden von Fahnen geschmückten Kommandohalle in Elbing braute dem Führer die erste Begeisterung der Ostpreußen entgegen. Kurz und knapp begrüßte Gauleiter Oberpräsident K o h den Führer, dem er das Erzeugnis der ostpreußischen Bevölkerung überbrachte:

„Ostpreußen weiß und fühlt, daß es nur dich hat, mein Führer!“

In der Rede des Führers riefen gerade die Stellen, immer wieder den rauschenden Beifall der Verammlung hervor, in denen die unauflösbare Einheitlichkeit des Führers zum Ausdruck kam, das Problem der Erziehung zur völkischen Einheit über Jahrzehnte hinaus zu lösen.

Der Beifall steigerte sich zum Orkan, als der Führer gegen Ende seiner Rede über die Grenzlandfrage sprach. Ein Friedensbekenntnis mit der tiefen Sachlichkeit, jeder unerbittlichen Zurechtweisung und jeder Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten verband. Unter lang anhaltenden hitlerischen Beifallsstürmen schloß der Führer mit der Erklärung, daß die Welt die Willensuntergebung eines 65-Millionenvolkes nicht werden darf.

Oberpräsident Gauleiter K o h dankte dem Führer im Namen der ostpreußischen Bevölkerung, die sich am 12. November gläubig und geschlossen zum Führer bekennen werde.

Grenzlandfrage in Trier

Görings Appell an das Rheinland.

Von Wiesbaden aus begab sich Ministerpräsident Göring zu der Grenzlandfrage nach Trier. Die Fahrt ging durch Mainz, an Niederrheinland vorbei nach Koblenz, wo der Ministerpräsident von dem Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, Philipp von Hessen, begrüßt wurde. Der ganze Rhein entlang brauten dem Ministerpräsidenten hitlerische Huld entgegen. Überall schickten Fahnen und Transparente die Drücklinge. Die Fahrt ging weiter hinauf zum Hunsrück, von dort nach Boppard und Berncastel. Auch die Weiterfahrt nach Trier gefolgte sich zu einer wahren Entzündung. Zeitweise bildeten sich an den nach Trier führenden Straßen Spalten. Ebenso viele umfanden das alte Rheintor. Bereits in den frühen Nachmittagstunden war das große Festzelt auf der D'Sham mit 70 000 Menschen gefüllt.

Unter ihnen befanden sich 22 000 Saarländer, an deren Spitze Landesleiter Staatsrat Spaniol. Kurz nach vier Uhr trat Ministerpräsident Göring im Festzelt ein. Von Saarbergleuten wurde ihm eine Grubenlampe überreicht, die die Antwort trägt, daß die größten Feinde im Kampfe um die Saarheimat mit diesem Gegenstand ein Treuebekenntnis zum neuen Deutschland und seinen Führern ablegen wollten.

Der Landesführer des Saargebietes, Staatsrat Spaniol, führte aus, daß trotz aller Terrors 22 000 Saarländer nach Trier gekommen seien, und daß weiter 70 000 Bergknappen und 35 000 Hüttenarbeiter, die noch heute unter fremder Fron arbeiten müßten, ihrer Rückkehr nach Deutschland harrten. Er wolle, daß Hitler nicht anderes wolle als Ehre, Freiheit und Frieden.

Mit größter Schmelze erwartete das ganze Saargebiet die Rückkehr zum Vaterlande! „Wir halten aus!“ ist schon der Redner, in eigener Disziplin. Wir stehen zum Reich und zum Führer, und nichts kann uns von Deutschland trennen, es sei denn der Tod.“

Die Ausführungen wurden oft durch rauschenden Beifall unterbrochen, der sich am Schluß zu solcher Gewalt steigerte. Darauf wurde das Deutschlandlied gesungen.

Ministerpräsident Göring knüpfte an die Ausführungen des Vertreters des Saargebietes an und behandelte im ersten Teil

seiner Rede den Sieg der nationalen Bewegung über das Novemberverbrechen.

Schar gefesselte der Redner das Verhalten der Emigrantenpresse, die heute von Prag, Paris und dem Saargebiet aus gegen Deutschland ihren Verleumdungsflug inszeniere.

Eingehend schilderte er den Kampf gegen den Kommunismus und Marxismus und den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien. Dem deutschen Volk sollte nationalsozialistische Weltanschauung weil ihre Tore öffnen, damit der letzte Volksgenosse den Eingang finde.

Eingehend nahm Ministerpräsident Göring zu den Fragen der Außenpolitik Stellung. Der Nationalsozialismus habe eine weltgeschichtliche Mission. Der Endkampf werde sich abspielen zwischen Bolschewismus, der Tod, Verderben für die Völker bedeute, und dem Nationalsozialismus, unter dessen Fahne die Völker wieder gefunden können.

Heute sind über 20 000 Saarländer nach Trier gekommen. Ihr seid deutsch, waret deutsch und werdet deutsch bleiben.

Ihr seid deutsch, waret deutsch und werdet deutsch bleiben. (Beifall.) Das braucht ihr uns, und das brauchen wir euch nicht zu beweisen. Ihr seid auf äußerstem Posten, aber nicht auf verlorenem Posten. Das verleihe ich euch im Namen des Führers und in meinem Namen als Ministerpräsident Preußens, zu dem ihr gehört.

Man kann über Wirtschaftsprüfung diskutieren, aber um Ehre, Freiheit und euer Blut wird nicht diskutiert. Ihr dürft davon überzeugt sein, daß hinter euch ein neues Volk und Reich mit leidenschaftlichen Strömen des Blutes und dem Flug der Gedanken zu euch stehen. Das soll unter Gelächern sein. Und darum helfet aus. Steht zu eurem Volk, mit der deutsche im Reiche zu euch im Saargebiet stehen. Mit Jubel wollen wir den Tag erleben, an dem ihr wieder sagen könnt, „wir wohnen in Deutschland!“

Zu den an den Grenzen wohnenden Deutschen gewandt, sagte der Ministerpräsident weiter: Gerade ihr müßt verstehen, welche Bedeutung der 12. November hat. Es ist ein Tag von ungeheurer Entscheidung. An ihm sieht die ganze Welt auf Deutschland. Hier wird das Exempel gemacht und die Probe, ob Deutschland wieder ein Volk und eine Nation geworden ist.

Am Sonntag ruft der Führer! Sorgt dafür, daß am Abend des 12. November die Welt erkennt, daß die deutsche Völkern und die deutsche Nation, die sich im Gefolge leistet im Kampf um Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung.

Nach der mit tiefer Ergriffenheit vorgetragenem, wiederholt von hitlerischem Beifall unterbrochenen Rede kamten der Jubel und die Begeisterung sein Ende.

Göring-Rede in Frankfurt

„Nicht die Stimmen, sondern die Herzen wollen wir bekehren.“

Nach den Verhandlungen über den Reichsgericht begab sich der preußische Ministerpräsident Hermann Göring im Flugzeug nach Frankfurt a. M., wo im Ministerium des Reiches das Ehrenschreiben der Stadt Frankfurt feierlich überreicht wurde. Als sich der Ministerpräsident dann im Anschluß daran zu der Kundgebung in der Festhalle begab, empfing ihn die Menge mit nicht endemöglichen Heulrufen. Der Ministerpräsident schilderte die außenpolitischen Ereignisse, die zu dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund führten und den Führer zu einem erneuten Appell an das deutsche Volk veranlaßt haben. Es gelte jetzt zu beweisen, ob wir die Herzen hätten, durch die stehen bei dieser schweren Weltungsprobe, die uns von außen her auferlegt würde. Es gelte am 12. November, der Welt zu zeigen, daß sie mit einem neuen Deutschland zu rechnen habe, nicht mehr mit jenem unglückseligen Land der Scheidemannier usw. „Wir wollen nicht, daß das Volk stumpfsinnig an die Wahlurne geht, wir wollen nicht die Stimmen, sondern die Herzen bekehren“, rief der Ministerpräsident unter hitlerischem Beifall aus.

Reichsminister Darré in Sieben

An der heftigen Landeshaupt Sieben fand die größte Bauernkundgebung statt, die man hier je erlebt hatte. Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Darré hielt eine grandiose Rede, in der er sich vor allem mit der Zielsetzung des Reichsernährungsbeirates befahte.

Der Wille des Volkes

Reichsarbeitsminister Selbte hielt in der Koblenzer Stadthalle eine Rede, in der er ausführte:

An Koblenz marschierten wir im Oktober 1930 zum großen Reichsfrontsoldatentag auf. Vor aller Welt habe ich damals in Koblenz erklärt, daß dieses nationale Frontsoldatentag nicht Sieg und Bewande will, sondern Frieden, allerdings einen Frieden der Gleichberechtigung und Ehre. Was der Stadthelm 1930 in Koblenz forderte, ist dank dem Siege und der Sendung Adolf Hitlers, dank dem Opfergeist der Kameraden von der SA und SS, dank aber auch der unerschütterlichen Fähigkeit der alten Frontsoldaten heute der Wille einer in Freiheit und Frieden geeinten und auf Geduld und Verberb verbundenen Nation.

Wir sind uns darüber klar, daß es keinen Revangenkrieg geben kann und soll und geben darf. Wir sagen auch ganz offen, daß wir aus tiefer Seele keinen neuen Krieg wollen, weil wir kein Grauen kennen und weil wir wissen, daß keine Nation bei einem Krieg etwas gewinnen würde. Wir wollen den Frieden. Wer erkannt werden soll dieser Frieden nicht durch ein Slaventum, sondern es muß ein Frieden der Ehre und Gleichberechtigung sein.

Kennzeichnung der Stimmzettel

Dem Reichsminister des Innern wird darauf hingewiesen, daß die Kennzeichnung der beiden Stimmzettel zur Volksabstimmung wie zur Reichstagswahl durch Eintragung eines Kreuzes in den dafür vorgesehenen Kreis in dem Stimmzettel zu geschehen hat.

Wer also in der Genfer Frage sich hinter die Reichsregierung stellt und sich zu ihrer Proklamation bekennt, der muß, um den Stimmzettel gültig zu machen, ein Kreuz in den Kreis setzen, der unterhalb des Wortes „Ja“ vorgezeichnet ist. Wer zur Reichstagswahl sich zum Einheitsvorkandidat bekennt, der muß in dem hinter diesem Vorkandidaten Kreis ein Kreuz eintragen. Stimmzettel, die nicht mit einem Kreuz versehen sind, können für ungültig erklärt werden.

Montag, der 6. November, ist der letzte Tag zur Einreichung der Wählerliste. Kein Wähler darf verze-

men, sich kein Wahlrecht zu sichern. Nur wer in der Wahlperiode eingetragen ist, oder sich auf Grund seiner Eintragung eines Stimmzettel hat ausstellen lassen, kann am 12. November abstimmen.

Die SA im neuen Staat

Grundrissliche Festhaltung des Stabschefs Köhn.

Über 150 000 Zivilisten des Gaues Kurmark der NSDAP hielten im Berliner Sportpalast ihren letzten Appell vor der Volksabstimmung ab. Als erster Redner sprach Stabschef Hauptmann a. D. Köhn. Er umriß die Stellung der SA nach der Übernahme der Macht durch die nationalsozialistische Bewegung. Der Kampf der SA führte er aus, müsse auch nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus unverändert fortgeführt werden. Nur in einem Punkte werde die Bedeutung der SA eine Veränderung erfahren:

„Alles, was für die Idee des Nationalsozialismus, für Vaterland und Führer sich einziehen bereit sei, das müsse künftig durch die SA gehen. Die ganze männliche Jugend Deutschlands müsse auch das Verhältnis zwischen SA und Partei eine Veränderung erfahren. Wir fordern die Voraussetzung für die Aufnahme in die SA, daß jeder einzelne Mann Parteigenosse sein müsse, so werde es heute und in Zukunft so, daß jemand SA-Mann sein müsse, um Parteigenosse zu werden. Es entspreche nicht dem Willen des Führers und des Stabschefs, daß jeder SA-Mann um seiner Zugehörigkeit zur SA willen auch Parteigenosse werde. Parteigenosse solle in Zukunft nur der heißen, der aus dem Rahmen des übigen Volkes herausragt. Es könne nicht Ziel der Bewegung sein, alle Männer Deutschlands in die Partei zu bringen, sie hier um ein Auzeteln oder irgendwelche formalen Neuerleistungen zu sammeln, sondern Aufgabe des Nationalsozialismus müsse es sein, das Beste des Volkes zusammenzuführen.“

Der Reichsführer der SA, Himmler, hob die Notwendigkeit hervor, daß sich der Staat auf den Boden stützt, den die Partei geschaffen hat. Er nannte diese Kundgebung des altpreußischen Gaues Kurmark eine Kundgebung des Willens der deutschen Revolution.

Reichsminister Dr. Goebbels

nahm anschließend zu der politischen Lage Stellung. „Wir müssen, so sagte der Minister, daß das Deutsche Reich sehr bald vor eine große außenpolitische Belastungsprobe gestellt werden würde, die nur überdauert werden konnte, wenn das Ausland sich nicht mehr auf irgendwelche Machtgruppen in Deutschland berufen konnte. Wenn der Führer erklärt: Ich werde nichts gegen die Ehre des Volkes tun, die Ehre des Volkes ist groß genug für, diesen Willen zu brechen. Die Wahl ist eine nationale Demonstration der Ehre und Gleichberechtigung. Das deutsche Volk bekennt sich zur Politik der Ehre und des Friedens.“

Als letzter Redner sprach der Gauleiter Oberpräsident R u b e. An den Reichstagsler Adolf Hitler wurde folgen des Telegramm gerichtet: 15 000 Zivilisten und SA- und SS-Führer des Gaues Kurmark entbieten dem Führer das Gelübnis unerwiderlicher Treue und Gefolgschaft, ge-
ruhe.

Mit dem Gelang des Deutschland-Liebes und des sport-Beifalls schloß die Kundgebung. Hierauf traten die Fahnenabteilungen des Reichs mit der Begleitung (unter dem Kommando der politischen Organisation vor dem Sportpalast zu einem Marsch durch Berlin an. Der Zug bewegte sich von der Potsdamer Straße durch die Siegesallee und Brandenburger Tor zum Ehrenmal unter den Linden, wo der Gauleiter, Oberpräsident Rube, einen Kranz am Ehrenmal niederlegte. Im Aufgaren erfolgte die Auflösung des Zuges.

Deutschlands Rechtsanspruch

Stellungnahme der Akademie für deutsches Recht.

Berlin, 6. November.

Zum ersten Male hielt die zur Reueigaltung des Rechtslebens geschaffene Akademie für deutsches Recht im Berliner Rathaus unter Leitung ihres Führers, des Reichsjustizministers Dr. Hans Frank, eine öffentliche Sitzung ab. An dieser Sitzung nahmen nicht nur die 108 Mitglieder der Akademie sondern auch zahlreiche Regierungsmitglieder und Ehrengäste teil.

Reichsjustizminister Dr. Frank wies auf die Aufgaben der ersten Volltagung hin, die der Feststellung rechtlicher Thesen zu dem Ziele diene, die politische Haltung des Reichstanzlers und der Reichsregierung im Kampf um Frieden und Gleichberechtigung rechtlich zu unterbinden.

„Wir wollen hier, sagte der Führer der Akademie, im Rahmen der Methoden der Akademie nach dem Gelehen der rein wissenschaftlichen Rechtsforschung die Grundlegung des völkischen Ringens rechtlich formell festlegen. Wir sind als deutsche Juristen so sicher, diese Thesen von dem Rechtsanspruch Deutschlands auf Frieden und Gleichberechtigung in Namen Europas und der Kulturmensheit durchsetzen zu können, daß ich als Leiter der Akademie einen Appell an alle Juristen des Erdkreises richte, zu dieser Thesen, die wir aufstellen, ihrerseits juristisch in wissenschaftlichen Methoden Stellung zu nehmen.“

Reichsminister Dr. Goebbels bezeichnete seine Ausführungen über die Rechtsauffassung und Volksankämpfung als politische Randbemerkungen, die juristisch auswertenden Sache der Mitglieder der Akademie sei. Der Friede, so erklärte der Reichsminister, könne auf die Dauer nur erhalten werden, wenn er beiden friedensliebenden Teilen die Ehre und Gleichberechtigung gibt. Der aufmerksame Beobachter könne bei der Betrachtung des sich abzeichnenden Friedenszustandes Europas zu dem Ergebnis, daß der Berliner Vertrag eine Festlegung des Krieges mit anderen Mitteln ist. Reichsminister Dr. Goebbels legte dann die Politik der Nationalsozialisten dar, die immer in dem Ziel gepulst habe, Frieden, Ehre und Gleichberechtigung.

Dann behandelte Universitätsprofessor Bruns, der Vertreter der Reichsregierung beim Internationalen Gerichtshof im Haag, das Rechtsproblem der deutschen Gleichberechtigung. Prof. Bruns stellte dem deutschen Rechtsanspruch an Hand der vortraglichen Abmachungen vom November 1918 über den Teil 5 des Versailler Vertrages und in Artikel 8 der Völkervereinbarung eindeutig heraus:

Deutschland habe keine Verpflichtungen erfüllt. Die weitere Erfüllung der Verpflichtungen verbleibe bei abhängigkeit von der Vertragserfüllung der Gegner, auf die Deutschland einen Rechtsanspruch habe.

In dem die Gegner die im November-Vertrag, im Berliner Vertrag und in der Völkervereinbarung festlich verproklamierte Verpflichtungen, auch ihrerseits in derselben Weise

zurückfallen, durch 14 Jahre lang zu erfüllen sich weiterten, verstehen sie diese Verträge, obwohl sogar diese Verträge vielen Grundsatze der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung anerkennen. Das deutsche Volk, das gegen diesen Bruch des Rechtes kämpfe, habe die Macht des Rechtes auf seiner Seite. Er werde in der Verwirklichung der Gerechtigkeit seine Freiheit finden.

Die ausgesprochenen Darlegungen werten zum mindesten Befall aus. Der Reichsjustizkommissar gab bekannt, daß die geschlossene Arbeitszeitung unter der Leitung des Münchener Universitätsprofessors Geheimrat Reich (siehe, und merke folgende

Entschließung an den Reichsanwalt:

„Die in der Akademie für das deutsche Recht versammelten Vertreter des deutschen Rechtes und der deutschen Wissenschaft haben einmütig, entschlossen zum Führer und gelobten treuesten Gefolgsherrn in dem schweren, aber herrlichen Kampf um das Recht Deutschlands, die Gleichberechtigung des deutschen Volkes und den Rechtsfrieden in der Welt.“

Der Reichsjustizkommissar schloß die Vollziehung mit einem „Siegeheil“ auf den Reichspräsidenten und den Reichsanwalt.

Kirche und Volk

Konferenz der deutschen Kirchenführer.

In Berlin trat zum ersten Male seit der Tagung der Nationalversammlung die Konferenz der Führer sämtlicher deutschen Kirchen unter dem Vorsitz des Reichsbischofs zusammen. An seiner Ansprache berührte der Reichsbischof einleitend die Stellung der Kirchen zur Schicksalsfrage des Volkes.

Es gehe darum, ob im Leben der Völker die Wahrheit herrschen solle oder die Lüge. In diesem Kampfe hätten die Führer der Kirchen die selbstverständliche Pflicht, dafür einzutreten, daß am 12. November ein großes, einmütiges Ja zu dem Ruf des Führers gesprochen werde. Zur kirchlich-politischen Lage erklärte der Reichsbischof, daß eine Befreiung der Verhältnisse nur möglich sei, wenn die Päpste sich ausschließlich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Predigt und Seelsorge, widmen.

Der Reichsbischof erörterte dann eingehend das Verhältnis der deutschen evangelischen Kirche zu den Kirchen des Auslandes und erwähnte, daß die neue deutsche Kirche zu den evangelischen Kirchen aller Völker ein Verhältnis erschlicher und wahrhaftiger Zusammenarbeit haben wolle. Im Schluß seiner Rede berührte der Reichsbischof die Frage der regionalen Reorganisation der deutschen Landeskirchen. Die Lösung dieser Frage müsse im Zusammenhang mit der staatlichen Reorganisation gelöst werden.

Die Konferenz der Kirchenführer beschäftigte sich dann mit den Richtlinien für die zukünftigen Verfassungen der Landeskirchen, die Professor Heddel im Auftrag der Reichsregierung vorlegte.

Die Reichsbahn wird schneller

Völlige Umstellung auf Schnelltriebwagenverkehr.

Gegenüber der achten wissenschaftlichen Tagung der Vereinigung höherer technischer Reichsbeamter machte der Direktor der Reichsbahn, Reichsbahnminister Dr. Gieseler, eine sensationelle Ausführungen über Geschwindigkeitserhöhungen auf den deutschen Reichsbahnstrecken.

Der deutsche Personen- und Güterverkehr solle allmählich ganz auf Schnelltriebwagenverkehr umgestellt werden. Es werde in absehbarer Zeit möglich sein, von Berlin aus jede deutsche Stadt mit einem Frühzug bereits mittags zu erreichen und nach einigen Stunden Abensland wieder in Berlin zu sein.

Die Haltezeit der Triebwagen auf den einzelnen Stationen solle auf 15-30 Sekunden herabgesetzt werden. Zur Verkehrserleichterung soll auch die dritte Klasse mit Vollbesetzung versehen werden. Auch auf den Nebenbahnen werde die Geschwindigkeit von jetzt auf hundert Kilometer heraufgesetzt werden.

Berrat an Danzigs Deutschstum

Landesverordnungsliches Vorgehen der SPD und des Zentrums Danzig, 6. November.

In Danzig haben sich Vertreter der Sozialdemokratie und der Gruppe des Zentrums in landesverordnungsliches Vorgehen einmütig ein Verbot des Vorkommens von Demonstrationen gegen die Freie Stadt Danzig erlassen. Der Danziger Senat habe sich veranlaßt gesehen, die Organe der beiden Parteien wegen ihres am Staat schädigenden Verhaltens zu verbieten. Die beiden Zeitungen haben daraufhin, anstatt sich auf die Verwaltungsbeschwerden zu beschränken, gleichmäßig das Eingreifen des Vorkommenskommissars verlangt, der im weiteren Verlauf der Entwidlung eine gegen Danzig gerichtete Aktion aus dem Untergrund heraus zu organisieren. Die genannten Parteigruppen haben damit die primärpflichtigen Pflichten verletzt, die bei der besonderen Lage Danzigs den Danziger Bürgern obliegen, indem sie sich zu Werkzeugen einer der Selbständigkeit Danzigs gefährdenden Aktion des Auslandes gemacht haben.

Wie dazu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, haben Bericht und Redaktion der beiden Blätter sich, noch bevor der durch die Geheime vorgedruckene Redaktionsentwurf war, an den Vorkommenskommissar mit der Behauptung gewandt, es läge eine „Verfassungsvorgabe“ vor, obwohl der Senat sich zu der Angelegenheit noch gar nicht geäußert habe. Der Senat hat in diesem Verfahren eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gesehen, und die Aufnahmehaltung der Beteiligten angeordnet.

Der stellvertretende Direktor der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ „Wolff“ ist auf Grund des vom Danziger Polizeipräsidenten erlassenen Schußbefehls in Schutzhaft genommen worden. Die beiden verantwortlichen Leiter des Zentrumsorgans, der „Danziger Landeszeitung“, Kallian und Teipel, konnten bisher nicht aufgefangen werden. Es besteht der Verdacht, daß sie über die polnische Grenze geflüchtet sind.

Wie der Vorkommenskommissar dem Senat mitteilte, hat er die Verhaftungen und auch die Stellungnahme des Senats zu den einzelnen Angelegenheiten dem Generalleutnant des Reichsbundes zugewiesen, mit der Bitte, die Angelegenheit dem Rat des Reichsbundes, dem Garant der Danziger Verfassung, zu unterbreiten.

Hitlers Kampf

ist der Kampf um den wirklichen Frieden der Welt!



Der neue Staat und wir Jungen

Ein Kopf aus der deutschen Jugend für die deutsche Jugend

Der Jugendführer des Deutschen Reichs hat am 12. November eine Botschaft für die deutsche Jugend. „Der neue Staat und wir Jungen“ erscheinen lassen. Das Heft stellt den Sünden der Vergangenheit die Aufbaubarkeit des Führers und seiner Regierung gegenüber, zeigt in anschaulichen Bildern wie andere Völker in Waffen waren und Deutschland nur ein Sperr des Friedens und der Arbeit ist. Es bringt Darstellungen über Jernrichtarten und Jugendbeispiele, die uns zu recht das Ziel der Regierung, die Jugend an Leib und Seele gesund und kräftig, erheidend und arbeitstreibend heranwachsen zu lassen, vor Augen führt.

Aus der deutschen Jugend für die deutsche Jugend, wie der Titel des Heftes sehr treffend sagt, ist ein Bekenntnis der Jugend zu ihrem Führer Ausdruck des Glaubens an die Zukunft des deutschen Volkes. Das Heft soll vor dem 12. November in die Hände jedes Jungen und Mädchels gelangen. Der Preis von 3 Pf. ist bereit niedriger, weil es auch von den Eltern des Lesers gekauft werden kann. Den Vertrieb haben die Banne der Hitlerjugend übernommen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 6. November 1933.

Bauernregeln für November

Der November scheint in diesem Jahre seinen Ruf, der mürchigkeit und unfruchtbarkeit unter den Monaten zu sein, alle Ehre machen zu wollen, als hätte er es darauf abgesehen, uns zu zeigen, was so ein richtiger November ist. Es regnet und föhnt fast ununterbrochen, seitdem er ins Land kam. Bei den Säulern, die das Wetter unter einem ganz anderen Gesichtspunkt betrachten wie der Landmann, wird er mit dieser Einstellung allerdings wenig Begeisterung ermeden, denn die Menschen, die den ganzen Tag über durch ihre Arbeit am Zimmer gebunden sind, atmen auf, wenn sie ihre Stunden der Erholung auf Spaziergängen im Freien verbringen können und nicht auch dann noch durch stürmenden Regen aus Haus gesteckt sind. Allen Menschen kann jedoch das Wetter nicht gerecht werden, und der Bauer ist ebenfalls mit ihm, gerade so wie es jetzt ist, sehr zufrieden, denn die Erfahrung hat ihn gelehrt, daß er bei den reichen Niederschlägen auf eine gute Ernte besonders an Futter im kommenden Jahre rechnen kann. Eine alte Bauernregel besagt: „Am November viel Regen, auf den Wiesen viel Gras.“ Schneefall zu Beginn des Monats wird als ein Anzeichen für das baldige Eintreten scharfer Fröhes angesehen. Das Wetter am Tag der heiligen Elizabeth soll vor allem einen Anhalt dafür geben, ob der Winter ein strenges oder ein mildes Regiment führen wird. Die Schönheit kalter und klarer Novembertage, an denen der Himmel im herrlichsten Blau strahlt, betrachtet der Landmann nur mit sehr gemäßigten Gefühlen, denn sie verheizen ihn Räte und Hoffen, die für die sprießenden Saaten verhängnisvoll werden können, da sie noch der bergenden, warmen Schneedecke entbehren. Daher heißt es auch: „Bringt November Morgenrot, der Ausaat dann viel Schaden droht.“ Dagegen freut sich der Bauer, wenn diese schwere Regel das Land einhüllen und namentlich um den Martinsstag sind sie ihm willkommen, denn die Wetterregel lautet: „Wenn um Martini Regen ist, so ist der Winter nur gering.“ Es ist eben mit dem Wetter wie mit allem anderen auch, jeder hat seine besonderen Wünsche und Ansichten. „Was dem einen ein Unheil, ist dem anderen ein Wohltag“, und es ist nur gut, daß keiner was dreinsprechen hat.

Das Einmarmitt aus Nickel

Im Reichsgesetzblatt wird jetzt eine Bekanntmachung über die Ausprägung von Reinnickelmünzen im Nennwert von 1 RM veröffentlicht. Die neuen Einmarmittstücke bestehen danach aus reinem Nickel und dürfen eine Reinnickel fremden Metalls im Betrage von mehr als 2,5 nicht enthalten. Bei der Ausprägung werden aus 12 Kilogramm Nickel 250 Stücke geprägt. Die einzelne Münze hat nach ein Gewicht von 48 Gramm. Der Durchmesser beträgt 23 Millimeter. Die Münzen tragen auf der Schriftseite innerhalb des aus einem flachen Stabchen mit Perlenreife bestehenden erhabenen Randes am oberen Rande in Fraturs die Aufschrift „Deutsches Reich“. An der Mitte flieht, von einer aus Eisenblättern bestehenden Verzierungen umgeben, die arabische Ziffer „1“ und darunter in Fraturs das Wort „Reichsmark“. Am unteren Rande befindet sich in arabischen Ziffern die Jahreszahl. Auf der Schautseite befindet sich in der Mitte der Reichsadler, der innerhalb des aus einem flachen Stabchen mit Perlenreife bestehenden erhabenen Randes von der in Fraturs ausgeführten Umschrift „Gemeinnutz vor Eigennutz“ umgeben ist. Am unteren Rande befindet sich das Münzzeichen, neben dem auf beiden Seiten je ein Eisenzweig angebracht ist. Die Münzen werden im Ring mit einem flatten Rande geprägt mit vertieften Arabesken versehen ist. Insgesamt werden 250 Millionen Einmarmittstücke aus Nickel geprägt werden, von denen die ersten Mitte dieses Monats im Verkehr erscheinen. Die bisherigen Einmarmittstücke werden allmählich aus dem Verkehr gezogen. Am zukünftigen Stelle rechnet man damit, daß in etwa einem halben Jahre die Umstellung auf Nickel-Einmarmittstücke abgeschlossen sein wird.

Kernberg im Zeichen der Wahlbewegung. Zu einer öffentlichen Versammlung hatte die NSDAP am Freitag eingeladen, in der der Gau- und Landesführer für das Winterhilfswerk, Pg. Bürgermeister Uebelhor sprach. In seinen Ausführungen zeigte er die große Arbeit, die die

Regierung des Reichskanzlers Adolf Hitler geleistet hat, wie es jetzt Wirklichkeit geworden ist, daß wir ein Volk und ein Reich sind, daß nun endlich aufgehört hat die Volksvergehung durch blutige und raffende Menschen. Er führte noch einmal vor Augen die Zeit von 1914, wo das deutsche Volk, einzig wie ein Mann zusammenkam, einer für alle und alle für einen. Er schilderte, wie Deutschland den Friedensvertrag bis zum letzten erfüllt hat, und daß man uns jetzt in Genf die Gleichberechtigung verleiht. Diefem Spiel hat Adolf Hitler ein Ende gemacht. Das deutsche Volk will keinen Krieg. Es will in Frieden Arbeit und Brot für alle Deutschen schaffen. Mit einem Appell an alle, sich am Sonntag den 12. November geschlossen hinter den Reichskanzler Adolf Hitler und seine Regierung zu stellen, schloß er seine von den zahlreichen Erscheinungen mit Beifall aufgenommene Ansprache. Im Schlußwort ging der Redner noch einmal kurz auf das Winterhilfswerk des deutschen Volkes ein, und forderte alle auf, sich nach besten Kräften für dieses große Wohlwerk des Führers einzusetzen. Eine von dem Redner sehr durchgeführte Zellerammlung hatte ein erfreuliches Ergebnis. Am Sonntagabend hatte die NSDAP zu einer Kundgebung eingeladen, die aus einem Fackelzug und Ansprachen auf dem Marktplatz bestand. Sehr zahlreich war die Bevölkerung. Die beiden Redner Pg. Ritterbusch und Pg. Hebenreich nahmen, am Sonntag, den 12. November, sich in Eruer hinter die Regierung Adolf Hitlers zu stellen. Mit dem Deutschland- und Hoff-Wechsel wurde die Kundgebung geschlossen.

Ist Dir die deutsche Ehre wert,

Wach! es am 12. nicht verfehrt!

Und zeige Dich als Mann der Tat,

Der Mut noch zum Bekenntnis hat!

Keiner fehle an der Wahlurne am 12. Nov.

Das Amtliche Fernsprechbuch für den Nordpostdirektionsbezirk Halle (Saale) wird Anfang 1934 nach dem Stande vom 15. 1. 34 neu aufgelegt. Eine Nachprüfung der bisherigen Eintragungen auf nötige Änderungen ist daher geboten. Erwünscht ist Erlegen der Fremdbereitungen durch deutsche Ausdrücke. Erforderliche Änderungen (Rinmenänderungen usw.) sind dem zukünftigen Postamt — in Halle (Saale) dem Telegrafenamtm., Gr. Steinstraße 72 — unverzüglich, spätestens bis 20. 12. 33 schriftlich mitzuteilen. Nach diesem Zeitpunkt besteht keine Gewähr mehr für Berücksichtigung. Auskunft über die Eintragung von Fernsprechanlagen erteilen die vorgenannten Dienststellen. Kostenpflichtige Eintragungen, deren Wegfall oder Wenderung nicht bis spätestens 31. 12. beantragt wird, werden unter Anrechnung der Gebühren in die neue Auflage übernommen.

Wenn die Wahlurne nicht schämt, dann ist der im Wasser enthaltene Kalk die Ursache. Einige Handvoll Gento-Veich-Soda vor Bereitung der Wahlurne im Kessel verrührt, machen den färbenden Kalkgehalt unwirksam und erhöhen die Wählkraft des Wählmittels erheblich.

Bürger-Vereins-Vermählung am 31. Oktober 1933.

Die heilige Vermählung wird am 31. Oktober 1933 durch den Vorsitzenden eröffnet. 1. Die letzte Niederfahrt wird werden und genehmigt. 2. Neuangeborene hat sich Kurt Sobmann. Der Vorsitzende erklärt ihn für angenommen. 3. Bericht über nähere Arbeiten und Angelegenheiten. Der Vorsitzende berichtet über den Straßenbau: Bergwitzer Straße. Der Kostenantrag war auf 1200 RM und ist jetzt, da die Straßen alle breiter angelegt und die Bäume der rechten Seite entfernt werden müssen zur Anlage eines Radfahrweges, auf 8000 RM schätzte. Am Schützenbau sind die Straßenarbeiten ebenfalls in Angriff genommen. Am Hofbauarbeiten sind vorgenommen: 1400 lb. Der Hofbau zur Aufstellung des Rohrs in Eutin. Aufstellung des Reichtüchler-Zeides und des Stadtmühlen-Zeides und familiäre Gräben, die noch nicht gemacht sind. Das Reich zahlt für die Reichtüchlerarbeiter 200 3 RM, Aufbruch vom Kreis beträgt 1. 11. 0,75 RM pro Woche. Die sozialen Kosten und Steuern werden durch die Gemeinde aufgebracht. Weiter berichtet der Vorsitzende über die Aufstellung des Reichtüchler-Zeides in Plentitz. Die vorhandenen Schulden muß die Stadt übernehmen; es soll jedoch nicht werden, etwas Geld von den anderen Ämtern, welche die angelegten Rechnungsbücher und verschiedene Gegenstände übernommen haben, zurückbekommen. 4. Bericht über die Wahlen am 12. 1933. Der Vorsitzende hält kurz Rechenschaft auf die Verhältnis vor einem Jahre und kommt zu dem Schluß, daß die Partei-Versplitterung ein Ende hat, die Kleinpartei beteiligt ist und nur ein Führer besitzt. Die Arbeitslosigkeit hat trotz der drückenden Bevölkerung, Dank des intensiven Eintrages leitender Regierungsfunktion gut abgenommen. 7000 waren im Kreis Wittenberg von einem Jahre bei der Industrie beschäftigt, 10700 sind es heute; außerdem sind 850 in Hofbauarbeiten beschäftigt. Der Kreis ist frei von Arbeitslosen. Das Gewerbe hat dadurch automatisch einen Vorteil. Auch für Landwirtearbeit und Hausarbeit ist vieles getan. 500000 RM sind wieder vom Kreis für Wohnungsaussparungen und -umbauten zur Verfügung gestellt. Für das Winterhilfswerk hat der Kreis Vorzügliches geleistet. Es sind aufgebracht im Kreis: 400 Stk. Hosen, 500 Stk. Beigen, 20000 Stk. Kartoffeln. Der Vorsitzende schließt den Bericht, indem er noch erklärt, daß die Wahl am 12. 11. in der Hauptstadt am Deutschlands Alter und Gleichberechtigung geht, und daß es gleich Landesverrat gelten muß, wenn man diesmal der Wahlurne fernbleibt. Er fordert alle auf, sich zu beteiligen und mit „Ja“ zu stimmen. 5. Entschuldigungen. Dank des intensiven Eintrages leitender Regierungsfunktion sind auch die Strafe Senberg-Walden am 12. 1933. Der Vorsitzende berichtet, daß in der Friedhofstapelle ein Schornstein eingebaut und ein Ofen gelegt wird. Über die Kreis-Überführung vom Straßenbau am Schützenbau gut zu werden, wird angefragt. Der Bergwitzer Weg, der in der Hauptstadt, weiter die Dornier Straße, den Bierweg und den Faselweg mit auszuführen. Auf das Angebot von 1,50 RM pro Stunde werden sich mehrere Landwirte, die das Fahren selbst in Angriff nehmen. Es wird weiter angefragt, falls noch Landwirte im Sinne Senberg-Walden mit der Fahrt, es Anlage über die schlechte Beschaffenheit des Faselweges. Bei dieser Gelegenheit wird von Schützenhauswirt Fröhnel angefragt, dem Friedhofswärter Dienstad und Wölpe zu beschaffen. Landwirt Richard Hüter berichtet sich dafür, aus dem hinteren Hofraum auszubauen, und den Landwirten die besten Möglichkeiten von der Hauptstadt abzukommen. Der Antrag bezüglich der Deutschen Landarbeiter-Woche hat allgemein angeprochen. Es wurde nur Klage geführt, daß der Hauptauftraggeber des Handwerkes, die Landwirte, nicht am Umgang beteiligt war. Der Vorsitzende gibt noch das Besondere, bei kommenden allgemeinen Veranstaltungen dafür zu

fragen, daß Knechtge selbst mit seiner Umkleung auf den Plan tritt. — Gegen halb 11 Uhr schloß der Berichtende die einmütige Versammlung mit einem „Seig Heil“ auf unseren Führer Adolf Güter und unser deutsches Volk!

Lauchhammer. (Aberglaube!) Die Geschichten aus grauer Vorzeit muten Ihnen an, die im benachbarten Industriedorfe Kleinleipisch passieren. Dort glaubt nämlich noch ein Teil der Bevölkerung an Hexen. Eine alte Frau, der man angeblich hat, sie könne das Vieh in den Ställen bezaubern, ja sogar verenden lassen, sie könne durchs Schlüsselloch verschwinden und ähnliches mehr, wird von diesem fanatischen Teil der Bevölkerung auf das heftigste verfolgt und sogar neuerdings mit Prügel bedroht. Der Aberglaube ist also auch heute noch nicht ausgerottet und die Qualen der von ihm verfolgten Menschen dauern noch an.

Friedhof aus der Bronzezeit

Jahna (Str. Wittenberg). Vom 27. September bis 4. Oktober 1933 nahm die Landesanstalt für Vorgeschichte in Halle eine Grabung in einem bronzezeitlichen Gräberfeld in Jahna vor. Leider war der größte Teil des Gräberfeldes, schätzungsweise 200—300 Gräber, durch Sanftbau im Laufe der Jahre zerstört, und es konnten nur am Rande des Befestigungsplatzes noch der Rest, nämlich 21 Gräber, wissenschaftlich geborgen werden. Die Gräber enthielten Leichenbrandurten und Gefäße, einzelne auch Bronzegegenstände, ein Männergrab eine bronzene Pfeilspitze. Besonders reich ausgestattet war ein Grab, das außer einer großen Leichenbrandurte noch acht Gefäße barg.

Es handelt sich nach dem Ergebnis der Grabungen um einen Friedhof aus der Zeit um 1200 v. Chr., der sogenannten „Lausitzer Kultur“ Mitteldeutschlands. In dieser Periode war auch der südliche Teil unserer Provinz sehr dicht besiedelt, wie die zahlreichen Funde erkennen lassen. Woran es aber bisher vor allem lag, das waren einwandfreie wissenschaftliche Untersuchungen der Gräberfelder. Aus dieser Größe der Gräberfelder und aus der Dauer ihrer Benutzung läßt sich z. B. die Größe der Ortsgemeinden und die Wohngebundenheit der Bevölkerung u. a. erschließen. So bietet auch die hier abgeschlossene Untersuchung einen wichtigen Beitrag für die Kenntnis der Vergangenheit des heimischen Bodens.

Aberjahren und der Schuße verurteilt

Sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Halle. Ein hiesiger Angestellter war Ende Juli in der Nähe des „Steintores“ von mehreren Männern überfallen worden, die ihm sogar die Schuhe von den Füßen gezogen hatten. Der Überfallene hatte nämlich einige Zeit vorher einem der Täter ein Paar Schuhe versprochen, die aber nicht abgeholt wurden. Dieses Versprechen nahmen nun die Täter zum Anlaß, über den Angefallenen herzufallen. Sie begnügten sich allerdings nicht nur mit den Schuhen, sondern durchsuchten auch seine Taschen nach Geld, fanden dabei allerdings nur eine Tempelmarke. Das Schöffengericht verurteilte nun wegen dieser und einer anderen Straftat den Former Wilhelm Sablonka und den Schmied Willi Vertel aus Halle wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes und Diebstahls im Rückfall zu je sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Gefängnis unter Bewährung. Ein Mitschüler bei dem Diebstahl kam mit drei Monaten Gefängnis davon.

Sorgan. Zum Landgerichtspräsidenten ernannt wurde Oberlandgerichtsrat Dr. Johannes Müller, bisher in Naumburg.

Energisches Vorgehen gegen illegale Flugblattverteiler. Weichenfels. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums wurden in letzter Zeit wiederholt verbotene Flugblätter verteilt. Die Polizeibeamten sind daraufhin angewiesen worden, die Flugblattverteiler zu fassen und von ihrer Schulpflicht Gebrauch zu machen, wenn der Aufforderung, keinen zu bleiben, nicht Folge geleistet wird.

25 000 Mark Darlehen für Mietwohnungen.

Leuders b. Zeitz. Bei der Beratung der Vorlage über die Beschaffung von Not- und Behelfswohnungen teilte der kommissarische Bürgermeister Dr. Baumgärtner in der Stadtverordnetenversammlung mit, daß in Leuders noch immer große Wohnungsnot herrsche. Es wurde daraufhin zugestimmt, ein Darlehen von 25 000 Mark aufzunehmen, durch das Not- und Behelfswohnungen gebaut werden sollen. Zum Ausbau des Amtesgerichts, dessen Büroräume durch das Not- und Behelfswohnungen gebaut werden sollen. Zum Ausbau des Amtesgerichts, dessen Büroräume durch das Not- und Behelfswohnungen gebaut werden sollen.

Der Heiratszwinger, aus Leidenschaft!

Erfurt. Das Weisenfelder Schöffengericht beurteilte vor einiger Zeit den Kleinden Rudolf Schiele aus Erfurt wegen Heiratszwanges in vier Fällen zu sieben Monaten Gefängnis. Schiele legte gegen das Urteil Berufung ein, die jetzt von der Großen Strafkammer Naumburg verhandelt wurde. — Nachdem seine Ehe bereits zweimal gescheitert war, wollte Schiele zum dritten Male heiraten, versprach aber gleichzeitig vier Mädchen, sie zum Standesamt zu führen. Das Vertrauen seiner Bräute, die aus der Umgegend von Weisenfels stammten, mißbrauchte er aber auf das geschickteste. So nahm er den einen nach und nach 750 Mark Geldentgelt ab, während er sich von der Mutter einer anderen, bei der er wohnte, auch noch unentgeltlich besorgen ließ. Als dem Angeklagten der Boden zu sehr wurde, teilte er den vier Mädchen mit, daß er sie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht heiraten könne, doch ging er gleichzeitig mit einer fünften zum Standesamt. Schiele erklärte vor Gericht als Entschuldigung sein seine Handlungsweise, daß er die Heiratszwänge nur im „ersten Drange der Leidenschaft“ gegeben habe.

Für Ehre und Wahrhaftigkeit

Die Hochschulgruppe Halle des „Studentischen Kampfbundes Deutscher Christen“ wendet sich in einem Aufruf an ihre Kameraden, in dem auf die große Entscheidung hingewiesen wird, vor der das deutsche Volk jetzt steht. Das deutsche Volk soll sich am 12. November für eine Politik der Ehre, Treue und des reinen Gewissens erklären. Der Führer fordert im Namen unseres Volkes gleiche Lebensrechte und gleiche Achtung gegenüber den anderen Völkern; auch der Reichsbischof hat die ganze deutsche evangelische Kirche zum machtvollen Bekenntnis aufgerufen. Es ist die Pflicht eines jeden Kampfbundgenossen wie eines jeden Deutschen überhaupt, sich mit ganzer Kraft überall hin einzusetzen, wo ihm die Möglichkeit zur Wirksamkeit gegeben wird.

Jeder muß dafür eintreten, daß über Ehre und Treue Ehre und Wahrhaftigkeit zum Siege aelanat!

Gastod dreier Schweifern

Halle. Am Sonnabendvormittag kamen die Bewohner des Hauses Meckestraße 11 einer iurghischen Tat auf die Spur. Am ersten Stockwerk des Hauses wohnten die beiden Schweifern Anna und Luise Dippel-Enje, die jüngere der beiden, hatte bereits wiederholt Selbstmordabsichten geäußert. Am Freitag wurden nun die beiden Schweifern von ihrer im hiesigen Vorort Trotha verheirateten Schwester, Frau Gehlb, befristet. Hierbei sind nun wahrscheinlich die drei Frauen überein gekommen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Sie dichteten Säuren und Fenster mit Säuren ab und öffneten dann den Gasfaß. Als Hausbesitzer am Sonnabend früh starken Gasgeruch wahrnahmen, benachrichtigten sie die Polizei, die sich gewolltem Glück in die Wohnung verschickte. Die drei Schweifern aber waren nicht mehr zu retten. Sie hatten sich Gift in die Säure geholt und dort den Tod erwartet. Was die drei Menschen in den Tod getrieben hat, ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Nichtgehenden-Entschädigungsbeiträge sind geteilt.

Der Provinzialausschuß in Merseburg hat auf Grund der Nichterwerbsfähigkeitsfeststellung über die Einziehung der Nichterwerbsfähigkeitsbeiträge für das 21. Dezemberjahr 1933 beschloffen:

Der einzuziehende Gesamtbetrag stellt sich für Kinder auf rund 730 000 Mark; dementsprechend wird als Umlage als Einheitsbeitrag für ein Kind 1 Mark erhoben. Für Kälber, die am 5. Dezember 1933 noch nicht drei Monate alt sind, werden 0,50 Mark Beiträge eingezogen. Damit ist eine wesentliche Entlastung der Umlage durchgeführt worden (23 Prozent). Hierbei ist von der Vorauszahlung auszugehen, daß die Umlagebeiträge von den Viehhältern pünktlich gezahlt und von den Gemeinden sobald als möglich durch die Kreisverwaltungen an die Provinzialhauptkasse weitergeleitet werden.

Die Einziehung der Umlage durch die Magistrat bzw. Gemeindevorstände erfolgt vom 15. Januar 1934 ab; als späterer Zeitpunkt für die Abführung der Beiträge durch den Kreisverwaltungsamt an die Provinzialhauptkasse ist der 1. April 1934 festgelegt worden.

Von der Einziehung einer Umlage für Pferde und Schafe für 1933 ist abgesehen worden.

Landesausfluß des mitteldeutschen Handwerks

Die Bundesleitung des Mitteldeutschen Handwerkersbundes gibt bekannt, daß im Zusammenhang und Förderung des Reichshandwerkes des deutschen Handwerks der Mitteldeutsche Handwerkersbund in einen Landesausfluß des mitteldeutschen Handwerks umgewandelt wird. Am 1. Januar 1934 wird der Mitteldeutsche Handwerkersbund in seiner heutigen Form der Einzelmitgliederschaft durch den vorhergehenden Landesausfluß, der getragen wird von den Fachverbänden und den Handwerkerskammern. Der Wirksamkeit des Mitteldeutschen Handwerkersbundes wird vom 1. Januar 1934 an durch den Landesausfluß als die Arbeitsgemeinschaft von Handwerkerorganisationen ausgedrückt, so daß der einzelne Handwerker von diesem Tage an keine besondere Beiträge mehr an den Landesausfluß als Nachfolger des Bundes zu zahlen hat.

Jeder Einzelne muß wählen!



Seht Ihr geschäftig bei dem Linnen die Alte dort im grauen Haar? Die rüstigste der Wäscherinnen ist „Henke“ über 50 Jahr!

Henke Henkel's Wasch- und Bleich-Soda Zum Einweichen der Wäsche Zum Weichmachen des Wassers

- Empfehle **Mittwoch** frisch blutreich
- Schellfisch - Rabliau**
- Goldbarsch, Fischfilet**
- Grüne Heringe**
- ferner flets frisch
- Bücklinge - Sprotten**
- ger. **Schellfisch, Lachsheringe**
- Fleckerlinge**
- Richard Tempelhof**

Dienstag eodend frisch **Schellfisch, Notbarsch, Rabliau, Fischfilet**

Ständig frisch: **Fettbücklinge, ger. Schellfische, Lachsheringe, Fleckerlinge**

Fleischsalat 1/4 Pf. 18 u. 25 Pf. **Majonaise** 1/4 Pf. 25 Pf.

Bratheringe 1 Ltr. Dose von 48 Pf. an **Hollmops, Bismarckheringe, Hering in Gelee** Dose von 25 Pfennig an

Fleckerlinge i. Tomaten Dose von 30 Pf. an **Schnitzlachs - Scheibenslachs** Lofe und in Dosen

Gemüse- und Obstkonerven in best. Qualitäten, reichl. Auswahl. **Karl Beyer**

Zum Hauschlachten empfiehlt

alle Sorten Därme **Otto Harmsch**

Pferd zu verkaufen **Zubast Nr. 6 Richard Arnold, Remberg, Leipziger Straße und Markt**

Holzholz-Auktion Koeplig!

Mittwoch, den 8. November, kommen von 10 Uhr an im Forsthaus **Koeplig** bei **Remberg** wie üblich zum Angebot aus Durchführung des Revieres zwischen Nr. 2—1080:

- 500 Kiefern la Klasse 68fm**
 - 420 Kiefern lb Klasse 119fm**
 - 87 Kiefern IIa Klasse 45fm**
 - 15 Kiefern IIb u. III. K. 13fm**
 - 86 Kiefernstangen I. Klasse**
- dabei etwa 100 fm geschält.

Näheres und Listen im Forsthaus Koeplig und Rentamt Burgemünz.

Kreuz. Klassen-Lotterie

Zur 2. Klasse sind die Neulose **spätestens** Mittwoch, den 8. November, bis abends 6 Uhr unter Vorlegung des Vorklassenlooses zu entnehmen. **Richard Arnold**

Krieger-Berein

Morgen Dienstag, abends halb 9 Uhr im Vereinslokal Hotel Palmbaum

Versammlung

Der Vorstand



Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten **Mittwoch, d. 8. November**, abends 8 1/2 Uhr bei Kamerad Karl Mengewein (Wahnhof)

Versammlung

Mündliches Erheben ist Pflicht. **Der Ortsgruppenführer.**

N. S. D. A. P. Geld-Lotterie für Arbeitsbeschaffung.

283 058 Gewinne und 2. Prämien = 1 500 000 RM. Höchster Gewinn auf ein Doppellos 200 000 RM. Höchster Gewinn auf ein Einzellos 100 000 RM. **Lospreis: 1,- Reichsmark** **Ziehung: 29.-30. Dezember 1933.** Lose erhältlich bei



Zeuginnen aus Moskau

Dimitroff wiederum für 3 Tage ausgeschlossen

Nach freitägiger Unterbrechung wurde die 30. Verhandlung am Freitag fortgesetzt. Nachdem Dimitroff mehrere Beweisanträge gestellt hatte, wird als erste Zeugin Frau Weiß aus Moskau vereidigt. Sie erklärt, ihr Gatte sei bulgarischer Kommunist und lebe jetzt mit ihr als Emigrant in Moskau. Im gleichen Hause in Moskau habe auch Popoff mit seiner Frau gewohnt. Anfang Februar 1932 sei sie mit Popoff bekannt geworden. Sie und die Popoffs seien Mitte Mai in eine Sommerfrucht gezogen. Der Aufenthalt habe sich auf etwa drei Monate erstreckt. Ende Juli sei Popoff mit seiner Frau in einen Kurort gefahren. In Moskau habe sie Ende September und im Oktober Popoff und seine Frau wiederholt getroffen. Im November und Dezember habe sie ihn nicht mehr in Moskau gesehen.

Auf weitere Fragen erklärt die Zeugin, daß sie Popoff nicht unter seinem richtigen Namen, sondern nur unter dem Namen Popoff kannte.

Aussage unter Parteinaamen

Oberreichsanwalt: Ist Ihr Ehemann unter seinem richtigen Namen? Zeugin: Nein, unter seinem Parteinaamen. Vorhörer: Weiß ich der richtige Name? Nein, der Parteinaame. Oberreichsanwalt: Sie müssen doch den richtigen Namen als Zeugin hier angeben. Wenn Sie einen falschen Namen angeben, haben Sie einen Meineid gefleht. Vorhörer: Ihren richtigen Namen wollen Sie nicht sagen? Zeugin: Das kann ich nicht.

Der Angeklagte Popoff erklärt die Aussagen der Zeugin im großen und ganzen für richtig. Reichsanwalt Barrius macht die Zeugin Weiß darauf aufmerksam, daß in der Voruntersuchung ein halbes Dutzend Zeugen befragt hätten, Popoff sei im Sommer 1932 in Berlin gewesen. Er fragt, ob die Zeugin trotzdem ihre Aussage aufrecht erhalte. Zeugin Weiß: Ich weiß nicht, wer die Zeugen sind, die Popoff in Berlin gesehen haben wollen. Ich sage aber, was ich weiß, und sage, das ist richtig ist, daß ich mit Popoff in der angegebenen Zeit zusammen war.

Erneuter Ausschluß Dimitroffs

Angeklagter Dimitroff: Ist es richtig, daß in Sowjetrußland nach dem Tode jeder Person ihren Namen nach eigenem Ermessen offiziell ändern kann? Zeugin Weiß: Das ist möglich gefaltet. Dimitroff: Ich lege großen Wert auf die Antwort, weil ich sehr erkrankt bin über die Unkenntnis der Rechtsanwaltschaft über förmliche Verhältnisse. Vorhörer: Dimitroff, ich habe Ihnen schon wiederholt verboten, solche Aussagen gegen die Rechtsanwaltschaft zu richten. Dimitroff: Ich muß noch viel lernen, Herr Oberreichsanwalt! Oberreichsanwalt: Ich muß doch bitten, daß dem Angeklagten Dimitroff diese Art der fortwährenden beleidigenden Jurisdi unerschwert wird. Nach kurzer Beratung des Senates verurteilt der Vorhörer die Zeugin Weiß, daß der Angeklagte Dimitroff für heute und die folgenden beiden Verhandlungstage ausgeschlossen wird. Dimitroff macht einige unverständliche Jurisdi und wird von dem Senats verurteilt.

Darauf wird die zweite weibliche Zeugin, Frau Wrode aus Moskau, vereidigt. Die Zeugin ist 58 Jahre alt, Kerikerin und Professorin. Sie bezeugt, daß sie mit Popoff im gleichen Hause in Moskau gewohnt habe, und zwar im September und Oktober 1932. Vorhörer: Wissen Sie ganz bestimmt, daß er von September bis Ende Oktober Ihnen wiederholt begegnet ist? Zeugin: Ja.

Es wird dann der Konditormeister Michailoff als Zeuge vernommen, der gesehen haben will, daß Dimitroff und Taneff im Hause Lindenstraße 94 in Berlin ein- und ausgegangen. Der Zeuge erklärt, die drei bulgarischen Angeklagten habe man da nicht gesehen. Der Zeuge erklärt noch, daß er Popoff nicht wiedererkannt. Ihn sei nur aufgefunden, daß der Direktor des Biers in den Lindenstraße, Popoff, eine gewisse Bekanntschaft mit dem Bilde des Angeklagten Popoff hat.

Nach der Pause wird der Kellner Heyda vernommen. Der Vorhörer fragt ihn, wann er 1932 und 1933 Taneff, Dimitroff und Popoff in Berlin gesehen hat. Der Zeuge erklärt, 1932 überhaupt nicht, sondern nur 1933, und zwar nur im Februar. Sein Ehefrau Michailoff habe ihm die Bilder in der Zeitung gezeigt, und da habe er sich erinnert, daß diese Leute mal in dem Cafe gesehen hätte. Die 58jährige Frau Heyda, die dann als Zeugin vernommen wird, war bis zum Jahre 1929 Mitglied der KPD, und hat nach ihrer Angabe im Büro der Roten Hilfe in der Dorotheenstraße damals den für die Emigrantenhilfe tätigen Sekretär gelegentlich unterfüttert. Sie wisse bestimmt, daß Dimitroff 1928 wiederholt das Büro der Roten Hilfe aufgesucht hat.

Göhring als Zeuge

Abrechnung mit dem Kommunismus

Aus Anlaß der Zeugenvernehmung des Ministerpräsidenten Göhring ist die Kontrolle für den Zutritt zum Reichstagsgebäude erheblich verschärft worden. Die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes ist mit starken Polizeiposten besetzt. Die fünf langen Pflasterstraßen im Gegenpaß zu den letzten Verhandlungstagen wieder überfüllt. Auch die Photostudierplätze sind zahlreich vertieft, dagegen finden Maßnahmen keine statt.

Angeht die Bedeutung der Aussage des Ministerpräsidenten für alle Prozeßbeteiligten ist der Angeklagte Dimitroff, der für drei Tage ausgeschlossen worden war, ausnahmsweise für die Verhandlung wieder zugelassen worden.

Der Vorhörer eröffnet die Verhandlung mit folgender Erklärung: Auf der Tagesordnung steht heute die Vernehmung des Herrn Ministerpräsidenten und Reichstagspräsidenten Göhring als Zeugen. Bei der Wichtigkeit dieser Zeugenaussage hat der Senat gebittet, die über den Angeklagten Dimitroff verhängte Strafe des Ausschließens für den Komplex dieser Vernehmung aufheben zu lassen. Dimitroff ist demgemäß vorgelassen worden.

Anwältin ist Ministerpräsident Göhring erschienen. Er wird von den Anwälten und förmlichen Anwesenden

mit dem deutschen Gruß begrüßt.

Senatspräsident Binger: führt aus: Der Oberreichsanwalt hat Sie, Herr Ministerpräsident, und den Herrn Reichsminister Dr. Goebbels als Zeugen benannt und hat dabei ausgeführt, daß man Ihnen nicht das Recht verlagern könne, sich über die Verhaftungen und Verurteilungen, die von gewisser Seite im Ausland, insbesondere im logenommen Braunschweig gegen Sie mit Bezug auf den Gegenstand des Prozesses ausgesprochen worden sind, unter Eid zu äußern.

Der Vorhörer bittet den Ministerpräsidenten, sich gleich im Zulassungsbogen zu äußern:

Ministerpräsident Göhring:

Herr Präsident. Sie sagten vorher, daß ich als Zeuge geladen wäre, um mich sozusagen gegenüber den Vorwürfen und Behauptungen des Braunschweiger über meine Person aufgestellt worden sind, zu rechtfertigen. Ich möchte hier betonen, daß ich meine Zeugenvernehmung doch in erster Linie nach zwei anderen Gesichtspunkten aufstelle. Zunächst einmal betrachte ich mich als Zeuge, der für die ganze Verhandlung der Prozeßfrage von äußerster Wichtigkeit ist, denn schließlich bin ich ein Zeuge gewesen, der am Tatort gewesen war und auch in meiner Eigenschaft als Reichstagspräsident konnte mir doch liegen Endes das Anzünden des mir anvertrauten Hauses nicht gleichgültig sein. Zweitens aber muß ich als Zeuge vernommen werden in meiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und Innenminister, dem es in erster Linie obliegen hat und auch in Zukunft obliegt, für die Sicherheit des Reiches und des deutschen Landes einzustehen mit seiner Person und der deshalb ergriffenen Maßnahmen, in erster Linie den Kampf gegen die Zerschlagung und Zerstückelung durch die kommunistische Bewegung zu führen.

Wie das Braunschweig entstand

Soweit nun die Vorwürfe im Braunschweig in Frage kommen, so liegt es sicherlich im Interesse Deutschlands, daß dies und jenes genauer dargestellt wird, um es zu verdeutlichen. Ich persönlich möchte aber betonen, daß ich nicht den geringsten Wert darauf gelegt hätte, die Anwürfe zurückzuweisen, die im Braunschweig gegen mich erhoben sind. Sie sind mir sehr groß, daß ich sie fast für überflüssig halte, die Einzelheiten darüber vor dem Gericht noch darzulegen. Ich bin auch in der glücklichen Lage, zu wissen, wie dieses Braunschweig entstanden ist. Ich weiß durch meine Vertrauensmänner, daß jeder rote Streich, der etwas Geld brachte, in jenen Tagen eine verschärfte, lehrreiche Befähigung damit fand, wenn er irgendwelche Behauptungen über Gewalt oder über den Reichsbrand, die mich als den Verbrecher darstellten, im Ausland zu Papier bringen konnte.

Wir wissen weiter, daß jeder direkte Verwehrens in Deutschland funktionierten, daß Verber herumgingen in den Spalten der Unterwelt, um die „herborgerenden Zeugen“ zusammenzulocken, die dann in der geradezu grotesken Behandlung dieses Falles in London als „herdie Zeugen“ aufgetreten sind.

Ich muß es deshalb zurückweisen, sich zu rechtfertigen gegenüber Aussagen dieses Geheimdes.

Präsident Binger: Ich darf einmal unterbrechen, Sie sprechen loben von „Geheimdes“. Ministerpräsident Göhring: Ich meine natürlich diese falschen Zeugen und auch einer Teil der Presse.

Ministerpräsident Göhring fährt dann fort: In großen Augen wird im Braunschweig behauptet, daß mein Freund Goebbels mit vielen Plan beabsichtigt hätte, den Reichsbrand anzuzünden und daß ich ihn dann freudig ausgeführt hätte. Es wird weiter behauptet, daß ich diesem Brande zugesehen hätte, ich glaube, „in eine blaueidene Loga gehüllt“. (Heiterkeit.) Es geht nur noch, daß man behauptet, ich hätte wie Nero beim Brande Roms, Gatte gespielt. Es wird im Braunschweig weiter behauptet, daß ich den Reichsbrand angezündet hätte, um damit die kommunistische Partei zu befeuern.

Verächtung mit allen Mitteln

Der Reichsbrandstand kam für mich ebenso verächtend wie für jeden anderen anfänglich denkenden Menschen. Wenn wir selbst auch gewiß den Parlamentarismus bekämpfen und diesen Kampf jahrelang geführt haben, so hatten wir ihn doch vom Jahre 1924 ab in durchaus legaler Weise durchgeführt und niemals in Übereid gewillt, daß auch der nationalsozialistische Staat durchaus Wert darauf lege, ein Gremium zu befeuern, das aus dem Volke selbst heraus und durch das Volk gewählt, die Regierung zu beraten habe.

Als ich am 30. Januar von meinem Führer berufen wurde, zunächst als Wichtiges das preußische Innenministerium zu übernehmen, da war mir die Aufgabe klar gestellt. Er hat an meine Generte appelliert, den Kommunismus zu vernichten mit allen Mitteln.

Denn der Kampf ging nach unserer Auffassung in den letzten Jahren überhand nicht mehr zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und dem Roten Terror, sondern ausschließlich zwischen zwei Weltanschauungen.

Das war die Weltanschauung des Aufstiegs des Nationalsozialismus, und die Weltanschauung der Zerschlagung, die Weltanschauung des Kommunismus. Der Ministerpräsident sicherte dann eingehend die schwierige und langwierige Erhebungsarbeit an der Schulpolizei, der Kriminalpolizei und der Politischen Polizei, die, da sie jahrelang unter mangelhafter Herrschaft und Einfluß gestanden haben, zur Bekämpfung des Kommunismus zunächst vollkommen ungeeignet erschienen. Der Ministerpräsident fuhr fort: Ich konnte nun in die SZ und die SS einsteigen. Ich habe dann zunächst ganz besorgt Abstand genommen. Ich durfte den Beamtenkörper nicht ganz abwärts ziehen lassen. Das hätte von vornherein das Vertrauen des Beamtenkörpers in die neue Führung erschüttern können.

Ich möchte der Zustimmung entgegenstellen, als ob wir nun erst am 30. Januar ein den Gedanken gekommen wären, den Bolschewismus zu bekämpfen. Wir stehen schon seit einem Jahrzehnt ununterbrochen in diesem Kampf. Es ist unsere SZ gewesen, nicht etwa der Staat des 9. November, die den Kommunismus nicht zur Macht kommen ließ. Sonst hätten Sie, meine Herren Richter, nicht hier. Sonst wären wir alle nicht hier, denn ich würde mir nicht ein, daß

das Revolutionstribunal des Herrn Dimitroff mit uns lo verfahren wäre, wie hier das höchste deutsche Gericht verfährt.

Kampf gegen den Terror

In den Hinterhöfen der Berliner Mietskasernen kämpften unsere SS- und SA-Leute den Kampf gegen die roten Banditen. Dort wurden die Schlachten gefochten, und unsere SA-Männer konnten auch die Gegner. Das, was die Politische Polizei des Herrn Goebbels nicht wissen wollte, das wußten unsere SA-Männer. Die Entscheidung lag doch darin, ob es unserer Bewegung gelang, den deutschen Arbeiter wieder zurückzubringen ihm wieder in sein Volk hineinzuführen, ihn sogar zum aktiven Kampfträger dieses Volkstrügers zu machen. Die deutsche Arbeiterkraft stellt ja das Hauptkontingent der SA-Mitglieder. 60 bis 70 Prozent der SA-Männer sind ja Arbeiter, die in jenen Quartieren wohnen, wo nachts die Laternen ausgedreht werden mit dem Ruf: „Messer raus!“

Ich mußte also zunächst einmal die Vorbereitung für den letzten, entscheidenden Akt treffen.

Die Kommunisten wurden vom 30. Januar überall. Wir wußten aus ihren Schriften und Erlassen, daß sie damit gerechnet haben, daß wir zurückgehen würden. Nun mußten die Kommunisten ihre Taktik umstellen. Sie mußten jetzt irgendeine auch abstoßende Methode.

Sie griffen jetzt zu ihrem Mittel des Streiks. Dazu gehörte die Bildung von illegalen Selbstschutzorganisationen. Diese wurden bereits von der Polizei im Dezember 1932 registriert. Die Leute waren in dem verbotenen Rotfrontkämpferbund eingegliedert. Das waren jene Selbstschutzorganisationen, wie man sie häufig nannte, die nichts anderes zu tun hatten, als den Mord zu organisieren. Sie richteten ihre Aktivitäten immer gegen nationalsozialistische Arbeiter, die ihnen als besonders gefährlich erschienen. Sie erhoben dann diese Terrorgruppen nach den Aufstellungen der Polizei bis etwa zu 200 Mann. Diese Terrorgruppen waren nicht mehr dazu da, einen kleinen Mord zu verüben, sondern das war der erste Kern jener Terrorgruppen, die bei dem Zerfall der staatlichen Autorität und der kommenden Auseinandersetzung die Streiktruppe zu sein hatten, die von jenen des Kommunismus aktiv in die Erschütterung traten.

Gefältsche SA-Befehle

Diese Terrorakte, die die Kommunisten selbst ausgeführt haben, sind zum Teil die Terrorakte, die sie im Braunschweig dann als nationalsozialistische Dokumente bekanntgaben. Im Rahmen dieses Gedankenganges lag nun — und das war vielleicht noch gefährlicher — auch jener gefältsche SA-Befehl über den Aufmarsch am 5. und 6.

Hierbei ging dieser Gedankengang dahin, sofort eine Spaltung und Zersplitterung in der gesamten nationalen Konzentration herbeizuführen.

Diese gefältschen Befehle wurden deshalb in der Hauptsache auch dem Herrn Reichspräsidenten zugesandt mit der liebesswürdigsten Randbemerkung, daß damit offenbar er selbst beauftragt werden sollte. Sie wurden Funken und dem Stahlhelm zugesandt, der Reichsheer usw. Ja, sie wurden sogar unentzerrt weiter mit selbst zugesandt mit dem Bemerkung, daß die SA, jetzt vollständig die ganze Leistung übernehmen sollte, auch die Polizei und das Innenministerium zu beteiligen wünsche.

„Aufstand und Bürgerkrieg“

Wenn man die einzelnen Maßnahmen für sich betrachtet, mögen Zweifel aufsteigen, ob eine solche Sache wirklich in den Rahmen „Aufstand und Bürgerkrieg“ paßt. Aber es handelt sich hier um ein Molot, in dem viele hunderte und tausende Menschen, wenn man sie richtig zusammenstellt, plötzlich blickartig das richtige Bild ergeben.

Nun das nächste Mittel!

Damals bestand noch nach der alten Organisation die sogenannte waffentechnische Verbandsabteilung der Polizei. Dort befanden sich einmal alle schweren Waffen der Polizei für den Straßenkampf, die uns gefaltet waren, die Panzerwagen, die schweren Maschinengewehre usw., auch der gesamte Fuhrpark für einzelne Streifen. Hier hatte ich nun sofort meine zuverlässigsten, Polizeioffiziere hingebracht und ihnen schon in den ersten Februartagen diesen wichtigsten Teil übergeben, an ihrer Spitze den damaligen Polizeimajor Wede. Hier tauchte nun plötzlich ein Befehl auf, daß am laundsonstigen abends um laundsonstigen Uhr die Panzerwagen, die Kraftwagen mit den Maschinengewehren den SA-Leuten von der Untergruppe und dem Sturm laundsonstigen übergeben wären.

Wer diese SA-Leute gesehen sind, brauche ich nicht weiter zu erzählen.

Auch dieser Stein gehört in dem Molot ein eine bestimmte Stelle, und die heißt wieder: Bewaffneter Aufstand.

Dann wurden schließlich Angriffspunkte und Verteilungspunkte mit den verschiedenen anderen Spielgeleiten gegen den nationalsozialistischen Staat abgeköhlt.

Wichtig war der nächste Stein, die Brüdenprengelkollonnen, die Anweisungen zur Sprengung von Brücken und zu einer ganzen Anzahl von anderen Dingen. Es waren Pläne da, die führenden Persönlichkeiten sofort durch Überfall in Haft zu nehmen. Sie sollten niederknien oder bism. als Geiseln genommen werden. Hier taucht zum ersten Male auch die Erwähnung der Frauen und Kinder auf. Diese Taten lagen sogar zum Teil zurück in einer Zeit, als wir noch nicht an der Macht waren. Da füllte sich sogar einmal die Polizei dazu bewegen — Herr Seewer war es —, uns wissen zu lassen, wir müßten etwas vorfristig sein und Speien und Lebensmittel nur durch zuverlässige Hände geben lassen.

Ich glaube, das war nicht lediglich ein geistiges Ringen der Gehirnkraft, sondern hier tobte der Mord, das Verbrechen in schlimmster Form.

Ich sehe in den Kommunisten überbaut nur die Henkers-

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. ...



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg. ...

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 131

Dienstag, den 7. November 1933

35. Jahrg.

Sonntag, den 12. November 1933, von 9 bis 18 Uhr finden im Bürgeraal

- a) die Volksabstimmung über den Austritt der Reichsregierung vom 14. 10. 33
b) die Reichstagswahl

flatt. Dem Wahlvorstande gehören an: Beigeordneter Schäfer als Vorsitzender, Senatoren Wegit und Felner als Stellvertreter, Zimmermeister Börner II, Kaufmann Möllig, ...

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Jeder Wähler bekommt im Wahlraum einen Wahlumschlag, einen Stimmzettel (grün) für die Volksabstimmung und einen Stimmzettel (weiß) für die Reichstagswahl. ...

Wer am 12. November ortsabwesend ist, kann sich bis zum 11. (mittags) einen Stimmschein ausstellen lassen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Kemberg, den 6. November 1933.

Der Wahlvorsteher Schäfer, Beigeordneter

Flaggen heraus am 12. November

Berlin, 6. November.

Um der Bedeutung des Abstimmungstages und der Verbundenheit von Volk und Führung nach außen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, flaggen am 12. November die amtlichen Gebäude im ganzen Reich. ...

Höhepunkt des Wahlkampfes

Kanzlerrede am Freitag. - Betriebs- und Verkehrsleute

Am kommenden Freitag, den 10. November, wird der Wahlkampf um Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden seinen Höhepunkt durch einen unmittelbaren Appell des Kanzlers an die gesamte deutsche Arbeiterschaft erreichen. ...

Der Rundfunk überträgt die ganze Veranstaltung, und zwar übermittelt er um 1 Uhr das Sirenenzeichen des Berliner Werkes, das den Beginn der Rundgebung anzeigt. ...

Die Belegschaften der Werke haben sich um 1 Uhr zusammen mit ihren Arbeitgebern in den Betrieben vor den Hauptrednern versammelt, um hier die große Rundgebung mitzuerleben. ...

Mit Beginn der Rundgebung um 1 Uhr soll zugleich der gesamte Straßenverkehr in Deutschland aller Jahrszeiten und Jahrszeiten für eine Minute stillgelegt werden, ...

Um jedem einzelnen Deutschen die Teilnahme an der Kanzlerrede möglich zu machen, soll kein Rundfunkgerät in dieser Stunde von 1 bis 2 Uhr ruhen. ...

men können an dieser einseitigen Veranstaltung, an dieser Rede des Kanzlers unmittelbar zur Arbeiterschaft.

Während die Arbeitgeberseite in der Hauptsache die Sätzen des 1. Mai getragen hat, so soll es diesmal die Arbeitnehmerschaft sein, zu der der Kanzler kommt, um zu ihr zu sprechen. ...

DER MARSCHALL UND DER GEFREITE. KÄMPFEN MIT UNS FÜR FRIEDEN UND GLEICHBERECHTIGUNG. Schlesiens Treuehelferin



Unter solcher Zustimmung rief der Führer aus: Die Verträge dürfen nicht nur an einen Vertragsgastgeber heilig, sondern müssen es für beide sein! ...

hauptung, die Welt habe deshalb nicht aufrichten können weil die nationalsozialistische Bewegung regiere. Sie regiere ja gerade deshalb, weil die anderen sich ihren Verpflichtungen bisher entzogen hätten und was hat die nationalsozialistische Regierung denn in den neun Monaten ihrer Herrschaft der Welt angetan? ...

Deshalb konnte der 30. Januar für uns nicht der Tag der Erfüllung sein, sondern der Beginn der friedlichen Arbeit zur Durchführung unseres Programms und unserer Verpflichtungen (Stürmischer Beifall).

Mit Stolz können wir sagen, daß das, was in diesen wenigen Monaten geleistet worden ist, ausreichend unseren Bemühen einzutragen in das Buch der deutschen Geschichte. ...

Immer von dem einen großen Entschluß befeelt, die Hände unseres ganzen Volkes zu ergreifen, und sie ineinanderzufügen zu einer großen Gemeinschaft, die Fülle anzuschauen, um sie zu einem brüderlichen Bund zusammenzuschließen, zu einem Bund, der nur ein Ziel kennt, einzutreten für dieses Volk, das wir lieben und für das wir alles hinzugeben bereit sind (Beifallsstürme).

Haben wir uns etwa mit dieser unserer Arbeit verständig am Geiste wirklicher Völkergemeinschaft und Völker verständigung? Wir sind jederzeit bereit, von anderen Völkern zu lernen, es wird vielleicht aber auch für andere Staatsmänner Großes in Deutschland zu lernen geben (Brauerei). ...

Es ist traurig, daß eine ganz kleine internationale Clique von wenigen hunderttausend Menschen es fertigbringt, Hundertmillionenvölker gegeneinander zu hetzen (Brauerei).

In laetischer Weise befahte sich der Führer lobend mit der Emigration und erklärte dabei: Wir werden uns nie unterfehen, etwa das bulgarische Volk nach dem Herren Dimitroff, Popoff oder Taneff zu beurteilen. ...

Das deutsche Volk kämpft für den Frieden

Indem ich das heute ausspreche, sprach ich nicht als ein Mann für mich, sondern als Sprecher dieses 65-Millionen-Volkes (Anhaltender stürmischer Beifall). ...

Und wenn man uns immer wieder mit neuen Verdächtigungen kommt, dann will ich eben das letzte tun: Ich will das ganze deutsche Volk zum Zeugen aufrufen, daß das, was ich vor der Welt als mein Sprecher erklärte, daß das auch der Wunsch und der Wille des ganzen deutschen Volkes ist. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Dieses unser Programm möchte ich dem ganzen deutschen Volk vorlegen und möchte wünschen, daß es an diesem 12. November seine Schlußfolgerung zieht und vor der ganzen Welt feierlich bekundet: wir stehen zu dem Programm, einer für alle und alle für einen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Wenn ich heute vor Sie hintrete, dann trete ich nicht hin für mich, für eine Partei, sondern in einer schicksalhaften Stunde und beschwöre Sie, erkennen Sie jetzt den geschichtlichen Augenblick, vergehen Sie nicht, daß diese kommende Woche entscheidend ist für die fernere deutsche Zukunft.

Der Führer widerlegte in zwingender Weise die Be...